



## **Pressemitteilung des Grundsschulverbands -- Sperrfrist: Pressekonferenz am 12.7.2016, 12.30 h --**

### **Die Grundschule: leistungsstark, aber mit Nachholbedarf in der Ausstattung**

Die **gute Nachricht** vorweg:

In Deutschland sind die Grundschulen in ihrer Leistungsbilanz nicht mehr die „Hinterhöfe der Nation“ (Jochimsen 1971). Das hatte sich schon in den Leistungsstudien „IGLU“ (2001 ff.) angedeutet. Bei diesen internationalen Leistungsvergleichen erreichten die deutschen Schüler/innen in den letzten Jahren Plätze im oberen Viertel. Bei der Finanzierung und Ausstattung der Grundschule landet Deutschland – als einer der reichsten Staaten – inzwischen zumindest im OECD-Mittelfeld (S. 5) und auch im innerdeutschen Vergleich hat die Grundschule ihren Rückstand gegenüber der Sekundarstufe I und II etwas aufgeholt (S. 4.) Zudem sind die Klassen bis 2014 kleiner geworden (S. 8), was sich aktuell allerdings wieder zu ändern scheint.

Die **Schattenseiten** dürfen aber nicht übersehen werden - vor allem, wenn man ernst nimmt, dass die Grundschule die Grundlagen für die Schullaufbahn der Kinder legt:

- Andere international **wichtige Vergleichsländer** wie die USA, das Vereinigte Königreich, Schweden, die Schweiz und Österreich geben für die ersten vier Grundschuljahre **erheblich mehr** aus als das reiche Deutschland: Wenn man die Ausgaben – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft der Währungen - in Euro angibt, so zeigt sich, dass Deutschland mit etwa 6.100 € pro Jahr und Schüler/in deutlich weniger ausgibt als viele Länder, die mehr als jährlich 6.700 Euro verausgaben (S. 5). Vor allem erhalten die Kinder in den anderen OECD-Staaten während der ersten vier Schuljahre mit durchschnittlich gut 3.000 deutlich mehr Unterricht als die Kinder in Deutschland mit durchschnittlich gut 2.800 Zeitstunden (S. 7).
- Deutschland-intern werden für ein Grundschulkind im Durchschnitt 5.600 € pro Jahr ausgegeben, **deutlich weniger als in der Sekundarstufe I und II** mit 5.900 € bzw. 7.700 € (S. 3). Zusätzlich fällt hier auf: Ein Grundschulkind erhält mit durchschnittlich rund 24 Wochenpflichtstunden erheblich weniger Lernzeit als Schüler/innen in den weiterführenden Schulen mit 31 Stunden (S. 6).

- Auffällig sind generell die **großen Unterschiede zwischen den Bundesländern** bei den Ausgaben (S. 2f.) und insbesondere bei der Zahl der Unterrichtsstunden über die Grundschulzeit hinweg: So umfasst die Stundentafel z. B. in Berlin und Schleswig-Holstein 92 Wochenstunden gegenüber 104 in Bayern und sogar 108 in Hamburg (S. 6).

Festzuhalten ist vor allem, dass den leichten Verbesserungen auf dem Papier erheblich gewachsene Anforderungen in der Schulwirklichkeit gegenüber stehen:

- Im Vergleich zu anderen Schulformen sind die Grundschulen am weitesten in der Entwicklung zu **inklusiven** Schulen. Die führt angesichts der knappen Personaldecke – insbesondere bei Ausfällen durch Krankheit – regelmäßig zur Überforderung der Kolleg/inn/en im Alltag, zum Beispiel bei der Versorgung körperbehinderter Kinder.
- Auch das **Ganztagsangebot** ist im Grundschulbereich am größten. Wenn der Nachmittag nicht zu einem bloßen Anhängsel werden soll, sind die Grundschulen in einem besonderen Maße bei der Planung, Abstimmung und Betreuung der pädagogischen Angebote gefordert. Hier fehlt Zeit und Geld.
- Und drittens zur Bildungsgerechtigkeit: In vielen Grundschulen kommen 30% oder mehr der Kinder aus **Armutsfamilien**. Das macht schon den Fachunterricht erheblich schwieriger, es überfordert die Lehrer/innen aber auch oft in ihrer Zusatzfunktion als Sozialpädagogin oder Sozialarbeiter.

Der Grundschulverband hat trotz der auffälligen Unterschiede bewusst auf ein Ranking der 16 Länder verzichtet, weil die Zahlen nur begrenzt vergleichbar sind (vgl. Gutachten S. 3 und S. 10f.).

Bildungsgerechtigkeit verlangt aber, dass die Unterrichtsbedingungen nicht von der Finanzkraft der Bundesländer und Kommunen bestimmt werden. Deshalb muss das Kooperationsverbot von Bund und Ländern für den Bildungsbereich aufgehoben werden. Besonders Kindern aus ärmeren Familien dürfen Bildungschancen nicht vorenthalten werden, weil ihre Eltern bestimmte Angebote nicht bezahlen können und die Schulfinanzierung keinen Ausgleich zulässt.

Der Grundschulverband stellt die vorliegenden Zahlen seinen Landesgruppen zur Verfügung, damit diese vor Ort mit den Ministerien und Kommunalverbänden klären können, wo es besonders auffällige Ungleichgewichte gibt.

Die Kultusministerkonferenz selbst hat in ihren aktuellen „Empfehlungen zur Arbeit in der Grundschule“ (2015) hohe Ansprüche an die Pädagogik und Grundschuldidaktik formuliert. Sie hat aber auch selbst festgestellt: „Die gesellschaftliche Wertschätzung der Grundschule drückt sich in der Sicherung der dafür notwendigen Ressourcen aus.“ Diesen klaren Worten müssen nun Taten folgen. Das Gutachten zeigt: Es ist noch einiges zu tun, um die Grundschule finanziell und personell aufgabengerecht auszustatten!

Frankfurt/Main, den 12. Juli 2016

V.i.S.d.P. Sylvia Reinisch

Nachfragen unter:

**Prof. Dr. Hans Brügelmann**, Fachreferent für Qualitätsentwicklung im Grundschulverband, [Hans.Bruegelmann@grundschulverband.de](mailto:Hans.Bruegelmann@grundschulverband.de)

**Maresi Lassek**, Vorsitzende des Grundschulverbands, [Maresi.Lassek@grundschulverband.de](mailto:Maresi.Lassek@grundschulverband.de)

**Dr. Klaus Klemm**, Erziehungswissenschaftler und emeritierter Professor für Bildungsforschung und Bildungsplanung an der Universität Duisburg-Essen in Essen. Klaus Klemm ist der führende Bildungsökonom Deutschlands und hat Expertisen zu zentralen bildungspolitischen Fragen verfasst.

Er war u.a. Mitglied einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ‚Zukünftige Bildungspolitik‘ (1988-1990) und des von der Bundesregierung und den Regierungen der Länder gemeinsam berufenen ‚Forums Bildung‘ (1999-2001); bis Ende 2006 war er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der PISA-Studien sowie im Beirat für die deutsche Bildungsberichterstattung. An der Erstellung der Bildungsberichte war er bis 2008 beteiligt. Bis Mitte 2008 war er Mitglied in der Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags ‚Chancen für Kinder‘. 2010 wurde er in den Expertenkreis ‚Inklusive Bildung‘ der Deutschen UNESCO-Kommission e.V. berufen.

[www.uni-due.de/bifo/klemm.php](http://www.uni-due.de/bifo/klemm.php)